



Liebe Leserinnen und Leser,

in der Augsburger Allgemeinen spricht Alexander Dobrindt, Vorsitzender der CSU im Bundestag, über bezahlbaren Wohnraum, sozialistische Enteignungsphantasien in Berlin und flächendeckenden Mobilfunk.

Auch der Bundestag hat am Mittwoch über Mieten in Deutschland debattiert. CSU und CDU haben linken und grünen Forderungen nach Immobilienenteignungen auch im Plenum eine klare Absage erteilt.

Am Donnerstag hat das Parlament über vorgeburtliche Bluttests für Schwangere und ihre Aufnahme in den Leistungskatalog der Krankenkassen debattiert. Es war eine nachdenkliche Debatte, die in ihrem Kern auch das "Recht auf Leben" in den Mittelpunkt stellte.

Herzliche Grüße

Christian Schmidt MdB

Diese Woche:

Dobrindt: "Wohnungsnot nicht sozialistisch beantworten"	2
Lange: "Durch Enteignung wird keine Wohnung geschaffen"	6
Kontroverse Bundestagsdebatte über Bluttests und Lebensrecht	8

Treten Sie mit mir in Kontakt:
Homepage: www.christian-schmidt.de /
E-Mail: christian.schmidt@bundestag.de



INTERVIEW AUGSBURGER ALLGEMEINE 06.04.2019

Dobrindt: "Wohnungsnot nicht sozialistisch beantworten"



© BILD/Benjamin Zibner

In der Augsburger Allgemeinen spricht Alexander Dobrindt, Vorsitzender der CSU im Bundestag, über bezahlbaren Wohnraum, sozialistische Enteignungsphantasien in Berlin und flächendeckenden Mobilfunk.

„Das Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit“, hat die CSU-Landesgruppe Anfang des Jahres in Kloster Seeon festgestellt. So ähnlich sieht das auch eine Initiative in Berlin, die am Samstag ein Volksbegehren zur Enteignung von Wohnkonzernen startet. Ist das wieder typisch Berlin oder doch eine berechtigte Forderung?

Das Vorhaben gibt zunächst einmal einen relativ klaren Einblick in rot-rot-grüne Gedankenwelten und darf als mahnendes Beispiel für ganz Deutschland gelten. Wohnen ist die neue soziale Frage, die kann man aber nicht sozialistisch beantworten. Hier wird nach dem Motto „Enteignen statt bauen“ gehandelt, und damit schafft man nur neue soziale Ungerechtigkeiten und stellt den gesellschaftlichen Frieden in Frage. Die Berliner Stadtregierung ist dringend aufgefordert, die Versäumnisse der Vergangenheit mit einer klaren Wohnbauoffensive zu beheben, anstatt mit Enteignungs-Gedankenspielen die Wohnungssituation in Berlin weiter zu verschärfen und die Zukunftsfähigkeit der Hauptstadt Deutschlands aufs Spiel zu setzen.



Nicht nur die CSU verspricht schon seit Jahren bezahlbare Mieten, jeder soll dort leben können, wo er will. Es gab einen Wohngipfel der Bunderegierung – die Mieten aber steigen weiter. Warum gibt die Politik nicht zu, dass sie an dieser Stelle gegen wirtschaftliche Interessen keine Chance hat?

Weil es nicht stimmt. Die Bundesregierung hat bereits eine umfassende Wohnraumoffensive beschlossen. 1,5 Millionen neue Wohnungen sollen dadurch in dieser Wahlperiode entstehen. Wir haben das Baukindergeld für den Eigentumserwerb von Familien durchgesetzt, das mit aktuell 83.000 Anträgen ein großer Erfolg ist. Außerdem haben wir bessere Abschreibungsbedingungen für Investitionen in den Wohnungsbau geschaffen.

1,5 Millionen Wohnungen – ist das denn überhaupt noch realistisch?

Ja. Allerdings müssen die Landesregierungen mit grüner Beteiligung endlich die Blockadehaltung im Bundesrat aufgeben und nicht aus ideologischen Gründen versuchen, die dringenden Impulse für eine neue Dynamik beim Wohnungsbau zu behindern.

Die CSU-Landesgruppe will außerdem Anreize für Dienst- und Werkwohnungen schaffen, in dem die Überlassung von Wohnraum durch den Arbeitgeber an seine Mitarbeiter steuerlich begünstigt wird. Der Plan wurde Anfang des Jahres auf der Klausur in Kloster Seeon geboren, wie weit sind Sie mit dem Vorhaben?

Ich möchte eine Welle auslösen für Investitionen in Betriebswohnungen. Dies gelingt, wenn wir eine steuerliche Begünstigung der Mieter schaffen, die dort zu geringen Mieten wohnen können und nicht durch den sogenannten geldwerten Vorteil belastet werden. Das entlastet auch den regulären Wohnungsmarkt, weil immer da, wo Betriebsangehörige in Betriebswohnungen ziehen, reguläre Wohnungen am Mietmarkt freiwerden. Wir sind uns zwischen den Regierungsfractionen einig, dass wir diese Initiative umsetzen wollen. Der Bundesfinanzminister ist jetzt aufgefordert, einen entsprechenden Gesetzesvorschlag zu unterbreiten. Mein Ziel ist, dass wir dazu noch in diesem Jahr eine abschließende Entscheidung im Bundestag hinbekommen.

Neben der schlechten Verfügbarkeit von bezahlbaren Wohnungen regt Menschen in ganz Deutschland das schlechte Mobilfunknetz und die langsamen Internetverbindungen auf. Weil der Ausbau der Netze durch die Privatwirtschaft nur schleppend vorankommt, hat die CSU vorgeschlagen, dass eine staatliche Infrastrukturgesellschaft die Funklöcher schließen soll. Das war im Januar, danach war Funkstille. Ist der Plan in der Ablage gelandet?

Ganz im Gegenteil. Flächendeckender Mobilfunk muss für ein Industrieland wie Deutschland erreichbar sein. Dass der Markt das nicht alleine lösen kann haben wir in der Vergangenheit gelernt. Deshalb arbeiten wir daran, die Gründung einer staatlichen Infrastrukturgesellschaft Mobilfunk umzusetzen. Dabei habe ich die volle Unterstützung des Verkehrsministers und des Innenministers und eine große



Zustimmung in der Bevölkerung. Auf der Klausur der geschäftsführenden Fraktionsvorstände von Union und SPD im Juni werden wir darüber beraten.

Woher soll das Geld für den Aufbau der Masten denn kommen?

Der Bund wird die Infrastrukturgesellschaft Mobilfunk gründen und finanzieren. Ziel ist, dass die Gesellschaft in den weißen Flecken Mobilfunkanlagen errichtet. Die Mobilfunkunternehmen werden die Auflage bekommen, über diese Masten die Bevölkerung mit Netzverbindungen zu versorgen.

Wo wir schon beim Funken sind: Sie machen am Montag eine gemeinsame Sitzung der Landesgruppe und der CSU-Landtagsfraktion. Horst Seehofer macht seinen Job und funkt niemandem mehr dazwischen. Andreas Scheuer sowieso. So viel Harmonie bei den Christsozialen war noch nie. Woran liegt es? Liegt das am neuen Chef, an Markus Söder? Der Ton zwischen Berlin und München ist nach seiner Wahl deutlich milder geworden.

Die Teamarbeit steht stark im Vordergrund. Wir alle wissen, dass wir gemeinsam stärker sein können, als jeder für sich allein. Das gilt sowohl in der Zusammenarbeit zwischen den Unionsparteien als auch innerhalb meiner Partei. Wir wollen bei der Europawahl einen Erfolg für Manfred Weber und die CSU erzielen. Deswegen zeigen wir klar, dass wir gemeinsam in der Lage sind, die großen politischen Wurzeln der bürgerlichen Volksparteien CDU und CSU zusammenzuhalten: die christlich-soziale, die liberale und die bürgerlich-konservative Wurzel. Dazu gehört die Breite der Aufstellung, wie wir sie zeigen.

Sind Sie eigentlich zufrieden mit der Performance der CDU? Von außen betrachtet legt die CSU ein ungleich höheres Tempo vor. Hat es der CDU vielleicht doch geschadet, dass Angela Merkel den Parteivorsitz an Annegret Kramp-Karrenbauer abgegeben hat?

CDU und CSU haben ein gutes Miteinander, indem beide Parteien gleichzeitig ein klares eigenes Profil zeigen können. Ich definiere meine Funktion als Vorsitzender der CSU im Bundestag so, dass wir einerseits die Regierung und ihre Vorhaben stark unterstützen. Aber auf der anderen Seite sind wir auch das Korrektiv und der Ausgleich. Dann werden Gesetze im Parlament wenn notwendig eben noch mal verhandelt. Diesbezüglich habe ich in den letzten Monaten gute Erfahrungen mit meinen Kollegen Ralph Brinkhaus und Andrea Nahles gesammelt. Wir achten darauf, dass alle drei Parteien sich gleichermaßen wiederfinden können.

Uns ist aber immer noch nicht klar, ob Sie mit der Performance der CDU einverstanden sind.

Gerade die CDU erlebt einen Prozess der Veränderung, der Modernisierung und Erneuerung. Die öffentliche Positionierung von Annegret Kramp-Karrenbauer mit einer



sehr starken Fokussierung darauf, die CDU als breite Volkspartei in der Mitte der Gesellschaft zu präsentieren, stößt auf viel Zuspruch. Das ist ein Prozess, den wir ausdrücklich positiv begleiten.

Wir versuchen es noch einmal. In der Wirtschaft gibt es heftige Kritik an Wirtschaftsminister Peter Altmaier von der CDU. Der hätte mit seinen grünen Ansichten besser Umweltminister bleiben sollen, heißt es dort. Wie positioniert sich da die CSU?

Ich glaube, dass sich Peter Altmaier gerade als Bindeglied zwischen Ökologie und Ökonomie versteht. Ich halte es für einen wichtigen Beitrag, diesen Ausgleich zwischen wirtschaftlichem Erfolg, Umwelt- und Naturschutz sowie dem Sozialen zu organisieren. Es ist an der Wirtschaft, die ökologische Modernisierung voranzutreiben, damit wir Weltmarktführer mit modernster Technik und ökologischem Footprint werden. Ich erwarte, dass die Wirtschaft den Ökologietrend noch stärker erkennt und versucht, ihn in ihren Produkten erfolgreich umzusetzen. Da haben wir eine Riesenchance, die wir gerne mit der Wirtschaft gestalten wollen.

Viele in der Union sagen, dass die Wahlen im Herbst im Osten mit Merkel als Kanzlerin für die Union zum Desaster werden, weil es dann eine Anti-Merkel-Wahl zugunsten der AfD wird. Ist das auch Ihre Analyse? Würde es helfen, wenn Merkel den Weg vorzeitig für Kramp-Karrenbauer freimacht?

Unser Ziel ist, in Berlin gut zu regieren und das bis 2021. Diese Koalition ist deutlich besser als ihr Ruf. Wir haben Rekord-Beschäftigung und eine positive, wenn auch leicht abnehmende Wachstumsprognose. Trotzdem sehe ich mit großer Sorge auf die Landtagswahlen im Osten Deutschlands, insbesondere wegen der AfD. Es gilt, mit voller Kraft gegenzusteuern. Die Union hat die Chance, wenn sie ihre drei Wurzeln christlich-sozial, liberal und bürgerlich-konservativ gleichermaßen betont, Wähler gerade im Osten Deutschlands zurückzugewinnen. Dazu gehört die Analyse, dass es gerade nicht das bürgerlich-konservative war, das in der Vergangenheit ausreichend betont wurde.



WOHNUNGSBAU 11.04.2019

Lange: "Durch Enteignung wird keine Wohnung geschaffen"



© picture alliance/SZ Photo

Der Bundestag hat am Mittwoch über Mieten in Deutschland debattiert. Linke und Grünen hatten in den vergangenen Tagen und Wochen auch die Enteignung von Immobilienbesitzern thematisiert. Die CSU und die CDU haben zu derlei Vorschlägen klar Position bezogen.

In einer Aktuellen Stunde im Bundestag wurde am Mittwoch das Thema Wohnraummiete Deutschland diskutiert. "Ja, beim Thema Wohnen geht es um eine wichtige gesellschaftliche Frage. Es ist aber unglaublich, was wir hier heute Nachmittag im Deutschen Bundestag teilweise gehört haben, historisch unglaublich. Es wird von Enteignung geredet"; so der für Bau zuständige stellvertretende Unionsfraktionsvorsitzende Ulrich Lange (CSU). Beim Thema Enteignung sei der altkommunistische Geist der Grünen wieder aus der Flasche gekommen.

"Durch Enteignung wird keine Wohnung geschaffen, durch Enteignung wird kein Problem gelöst, Enteignungen verschlingen Milliarden für Entschädigungen", betonte Lange weiter. Eigentum gehöre zur DNA unserer sozialen Marktwirtschaft.

"Wir müssen bauen, das ist richtig", so Lange. Dafür brauche man Bauland. Dann müsse man aber auch den Landwirten steuerlich entgegenkommen, die Bauland abtreten sollen. Die Grünen würden im Bundestag den Mund aufreißen, aber vor Ort permanent die Bauverhinderer sein, weil sich irgendwo ein Regenwurm oder eine Maus findet, so Lange.



Bund gibt fünf Milliarden für Wohnungsbau

"Wir haben in den letzten Wochen und Monaten eine Vielzahl von Vorschlägen unterbreitet, insbesondere auch auf dem Wohngipfel", unterstrich Lange. Der Bund gebe fünf Milliarden Euro für den sozialen Wohnungsbau aus. Dieses Geld werde an die Länder überwiesen. Berlin zum Beispiel habe Wohnungen verkauft. In der Hauptstadt sei 2006 unter Rot-Rot keine einzige Sozialwohnung gebaut worden. "Hier sitzt ein ehemaliger Ministerpräsident und Bauminister, der in Bayern 2017 insgesamt 5 000 Sozialwohnungen gebaut hat, während in Berlin gerade einmal 500 gebaut wurden", so Lange mit Verweis auf Horst Seehofer, der als Bundesinnenminister auch für das Thema Bau zuständig ist.

"60 Prozent der Mietwohnungen halten Privatpersonen. Verschrecken Sie diese nicht", forderte Lange. Man brauche diese privaten Investoren. Sie hielten ihre Wohnungen in Ordnung; sie würden diese auch modernisieren. Auf diese Menschen seien wir in unserer sozialen Marktwirtschaft angewiesen, so der stellvertretende Fraktionsvorsitzende.

"Lassen Sie uns gesellschaftlich zusammenhalten und das Problem mit vernünftigen Mitteln lösen. Dazu gehören Enteignungen definitiv nicht", betonte Lange.





DEBATTE 12.04.2019

Kontroverse Bundestagsdebatte über Bluttests und Lebensrecht



© picture alliance/imageBROKER

Der Bundestag hat am Donnerstag kontrovers über vorgeburtliche Bluttests für Schwangere und ihre Aufnahme in den Leistungskatalog der Krankenkassen debattiert.

Bluttests als Kassenleistung

Seit 2012 werden Schwangeren vorgeburtliche Bluttests angeboten, mit denen unter anderem untersucht wird, ob das Kind mit Down-Syndrom auf die Welt käme. Lange hatte sich das zuvor nur mit einer Fruchtwasseruntersuchung abschätzen lassen. Bisher sind die rund 130 Euro teuren Bluttests meist selbst zu zahlen. Bei einem Down-Syndrom haben Menschen in jeder Zelle ein Chromosom mehr als andere Menschen. Folgen sind körperliche Auffälligkeiten und eine verlangsamte motorische, geistige und sprachliche Entwicklung. Die Ausprägungen sind aber sehr unterschiedlich. Hintergrund der Debatte ist auch ein laufendes Verfahren beim Gemeinsamen Bundesausschuss von Ärzten, Kassen und Kliniken, der über neue Kassenleistungen entscheidet. Das Gremium hat signalisiert, dass dies bei Schwangerschaften mit besonderen Risiken für Komplikationen als medizinisch begründet angesehen werde. Eine Entscheidung dazu soll voraussichtlich im August getroffen werden.



Orientierungsdebatte im Bundestag

Zahlreiche Abgeordnete bekundeten deutliche Vorbehalte gegen die Tests, die Trisomien bereits im Mutterleib erkennen können. In der Orientierungsdebatte warnten sie vor einer Diskriminierung behinderten Lebens. Befürworter hielten dagegen, dass vorgeburtliche Tests etwa auf das Down-Syndrom schon seit Jahrzehnten von den Kassen finanziert würden.

Der Bluttest sei weit risikoärmer als etwa eine Fruchtwasseruntersuchung und werde auch schon von einigen privaten Krankenkassen finanziert. Es gehe um gleichberechtigten Zugang zu Gesundheitsleistungen, aber auch um das Selbstbestimmungsrecht der Frau. Zu der ethisch brisanten Frage gibt es unterschiedliche Positionen in allen Fraktionen. In der gut zweistündigen Aussprache ergriffen über 30 Abgeordnete jeweils drei Minuten das Wort. Anlass der Debatte war die Entscheidung des Gemeinsamen Bundesausschusses von Kassen, Ärzten und Patientenvertretern, das Verfahren zur Zulassung des Tests als Kassenleistung auf den Weg zu bringen. Auf der Zuschauertribüne verfolgten Menschen mit Down-Syndrom und ihre Familien die Debatte.

Verschiedene Positionen innerhalb der CSU im Bundestag

Die Beiträge der christsozialen Redner waren, wie auch die gesamte Debatte, von Zurückhaltung und Nachdenklichkeit gezeichnet. Gesundheitspolitiker Stephan Pilsinger (CSU) forderte wie viele andere Redner eine Begrenzung der Tests auf Risikoschwangerschaften, einschließlich einer umfassenden Beratung vor und nach dem Test. Auch **Christian Schmidt** (CSU) stellte vor allem die menschliche Dimension der Debatte ins Zentrum seiner Rede. Im Kern gehe es um das Recht der Menschen zu leben, gleich welcher genetischen Disposition sie seien, und über die Frage, wie man sich bei den Herausforderungen, die sich daraus ergeben, konkret mit staatlicher, mit öffentlicher, mit gesellschaftlicher Unterstützung und Zusammenarbeit verhalte. Als letzte CSU-Rednerin ergriff Emmi Zeulner das Wort. Sie machte deutlich, dass es sich bei Menschen mit Down-Syndrom nicht um bemitleidenswerte Individuen handle. Für sie sei Trisomie 21 kein vorgezeichneter Weg des Leidens. Und Zeulner weiter: "Es gibt wunderbare, glückliche Momente, die mit der Familie gelebt werden können."

Impressum

Herausgeber: Christian Schmidt MdB, CSU im Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin,
Telefon: 030 / 227 71630, Fax: 030 / 227 76962
E-Mail: christian.schmidt@bundestag.de
Bildnachweis: Thomas Lothar (Seite 1)